

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden.
Verlagsnummer: 25 241.
Zur für Nachdruck: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. März 1924 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1 50 Goldmark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Gebühren berechnet; die einseitige 30 mm - breite Zeile 30 Pfg. für einmalige 30 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg. überhalb 20 Pfg. die 30 mm breite Zeile 150 Pfg. überhalb 20 Pfg. Über engere 10 Pfg. Zusätzl. Beiträge gegen Vorabzahl.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Morgenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ulrich & Reichardt in Dresden.
Postfach - Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht angenommen.

Die Inflationswelle über Frankreich.

Französische Kabinettskrise? — Die Interalliierte Militärkontrollkommission an der Arbeit. Eine bedauernde Erklärung der Verteidigung im Siller-Prozess.

Gespannte innere Lage in Frankreich.
(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 7. März. Die innerpolitische Lage in Frankreich ist im Hinblick auf die getriebenen Ereignisse im Senat und der Finanzkommission des Senats erneut außerordentlich gespannt. Das energische und geradezu brutale Auftreten, mit dem Poincaré von der Senatskommission für Finanzen verlangt hat, daß sie ihre Beratungen derartig zu beschleunigen hat, daß am Dienstag die Debatte über die Finanznote in ihrer Gesamtheit im Senat beginnen kann, wird von allen französischen Parlamentariern und Parlamentsjournalisten als einziger dunkler Punkt in der Geschichte des französischen Senats bezeichnet. Es sind erneut Anzeichen im Umlauf. Es heißt, daß zwar die Linke im Senat Poincaré nicht stützen wolle, zumal vor den Neuwahlen die Krise so kurz ist, daß ein eventuelles neues Kabinett doch seine wesentlichen Änderungen der Note erreichen könne. Trotzdem ist es möglich, daß die Politik der Stimmenthaltung, die von der Linken auch jetzt wieder befolgt worden ist, wodurch die Wahlrechtsvorlage vom Senat eigentlich durch eine Minorität zur Annahme gelangt ist, die Regierung zwingt, eine übereinstimmende Entscheidung zu treffen. Durch die gestern veröffentlichte Bilanz der Bank von Frankreich ist die Verwirrung noch mehr gestiegen. Das Bekanntwerden der neuen Inflation von fast einer Milliarde Franken hat die diese Bilanz aufweist hat in parlamentarischen Kreisen starken Eindruck gemacht. Der für heute erwarteten großen Kammerdebatte Poincarés kommt unter diesen Verhältnissen besondere Bedeutung zu.

Poincaré droht mit Demission.
Paris, 7. März. Ueber den Verlauf der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses des Senats berichten die Morgenblätter: Poincaré erschien, vom Finanzminister begleitet, in der improvisierten Sitzung und erklärte sofort, man müsse zunächst mit dem Finanzminister zum Ziele gelangen. Ein Verbleiben wie das, das der Ausschuss am Abend vorher veröffentlicht habe, könne nur die ernstesten Folgen für den Kredit Frankreichs nach sich ziehen. Er werde die Verantwortung stellen und von der Kommission verlangen, daß sie den Text der Kammer ohne Abänderung annehme. Außerdem müsse sich der Senat so einrichten, daß er am Dienstag die Diskussion der eiligen Gesetzentwürfe beginne. Er wolle mit dem Ausschuss verhandeln.
Wenn er von ihm nichtbefriedigende Versicherungen erhalten werde, werde er dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts überbringen.
Der Vorsitzende des Ausschusses wollte antworten. Poincaré erklärte jedoch, in diesem Augenblick in eine Debatte

nicht eintreten zu können, und vertiefte den Sitzungssaal. Die Mitglieder des Ausschusses erklärten, es erscheine ihnen unmöglich, eine Entscheidung zu treffen, bevor sie die Redner der Regierung und die Vertreter der Opposition gehört hätten. Dabei ließ der Vorsitzende Poincaré einen Brief übermitteln, in dem er mitteilte, daß der Finanzausschuss bereit sei, die Gründe der Regierung zu hören. Hierauf erklärte Poincaré in einem Schreiben, daß sich der Finanzminister heute vormittag für den Ausschuss bereithalte, und daß er, Poincaré selbst, wenn nötig, am Sonnabendvormittag die Erklärungen des Finanzministers ergänzen werde. (B. T. V.)

Der Franken fällt weiter.
(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Basel, 7. März. Die „Basler Nachrichten“ melden aus Genève: Der Rückgang des französischen Franken hat sich an der gestrigen Neuworfer Börse in schnellem Tempo fortgesetzt. Nach dem Sturz am Mittwoch von 4,12 auf 4,07 brachte der gestrige Tag einen starken Rückschlag bis auf 3,96. Nachdrücklich ging der Franken weiter zurück und wurde im Preisverkehr mit 3,94 und 3,92 angeboten.

Die Note der Bolschafsterkonferenz über die Militärkontrolle.
Ein herausforderndes Dokument.
(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 6. März. Die Note der Bolschafsterkonferenz zur Frage der militärischen Heberwachung Deutschlands ist heute mittags dem hiesigen deutschen Bolschafster übergeben worden. In den unlangstreichlichen Ausführungen wiederholt sich der bereits früher gegen Deutschland erhobene Vorwurf, daß die Militärkontrolle seit dem Beginn des politischen Wiederaufbaus an der Ruhr zu Inaktivitäten angelehrt habe. Sie gibt der Vermutung Ausdruck, daß die Zwangsregeln von Deutschland dazu benutzt worden sei, seine Rüstungen über die im Vertrag von Versailles vorgeschriebenen Grenzen hinaus vergrößert zu haben. Die Bolschafsterkonferenz fordert deshalb, daß zunächst die Interalliierte Militärkontrollkommission in den Stand gesetzt wird, ihre seit mehr als einem Jahre unterbrochene Inspektions-tätigkeit wieder aufzunehmen, um sich auf die Weise einen Überblick über die Stärke der Reichswehr und die Schiffs-polizei, die Waffenbestände und vor allem über die Tätigkeit der Rüstungsindustrie zu verschaffen.

Der Hitler-Prozess.

Zustizrat Kohl bedauert und entschuldigt sich.
München, 7. März. Nach dem gestrigen Zwischenfall sieht man der Eröffnung der heutigen Sitzung mit Spannung entgegen. Die Angeklagten und ihre Verteidiger unterhalten sich lebhaft miteinander. Um 9 Uhr betreten unter allgemeiner Aufmerksamkeit die beiden Staatsanwälte Dr. Stenglein und Ehrhardt den Sitzungssaal. Kurz darauf erscheint das Gericht. Sofort erbittet Justizrat Kohl das Wort und gibt folgende

Erklärung
ab:
Ich habe gestern morgen in Abwesenheit des Ersten Staatsanwaltes eine Erklärung abgegeben, deren Inhalt dem Herrn Ersten Staatsanwalt inzwischen durch die Presse bekannt geworden sein wird. Ich gebe heute, nachdem der Herr Erste Staatsanwalt persönlich anwesend ist, aus freiem Willen und freier Entschlußkraft folgende weitere Erklärung ab: Ich habe gestern in der Erregung über die Verhaftung des schwerverletzten Hauptmanns Welch, den ich persönlich überaus hochschätze, Ausführungen gemacht, die den Herrn Staatsanwalt außerordentlich verletzt haben. Eine Verletzung des Herrn Staatsanwaltes lag nicht in meiner Absicht. Ich sehe nicht an, den Vorfall zu bedauern und den Staatsanwalt um Entschuldigung zu bitten, was ich hiermit tue.
Justizrat Dr. Schramm nimmt Bezug auf die bereits einmal abgegebene Erklärung, laut welcher die sämtlichen Verteidiger befreit bleiben werden, dafür einzutreten, daß der Prozess, wie bisher, auch weiter in durchaus sachlicher Weise geführt wird.

Vorsitzender: Ich glaube, daß die gestrigen Vorfälle damit erledigt sein dürften. Es ist tief bedauerlich, daß es zu diesem Vorfall gegenüber dem Vorstand der Staatsanwaltschaft gekommen ist. Weitere derartige Angriffe könnten das Gericht unter Umständen nötigen, das Verfahren gegen einen oder anderen der Angeklagten abzutrennen, um so die ordnungsmäßige Durchführung des Prozesses gegen die anderen Angeklagten zu ermöglichen.
Rechtsanwalt Nöcker gibt die Anregung, da in der allgemeinen Zeugenernennung fortgeschritten wird, in erster Linie die Herren Rahr, Koffow und Geißler darüber zu vernahmen, ob sie in der Bürgerbräuerkammer nur Scheinerklärungen abgegeben haben, um die anderen zu täuschen, oder ob es den genannten Herren damals mit ihren Erklärungen der wirklichen Ernst gewesen ist. Er bittet daher, die genannten Zeugen in erster Linie zu vernahmen.
Der Gerichtsvorsitzende Reichardt äußert sich zu dieser Anregung nicht. Das Gericht fährt in der allgemeinen Zeugenernennung fort.

Erster Zeuge Schriftleiter Adolf Schiedt: Wegen seiner Verteidigung wird vom Rechtsanwalt Eder Einspruch erhoben, da er nach seiner Auffassung ein Mitarbeiter Rahr gewesen sei. Er hatte von allen Dingen Kenntnis, und hat bisher als Schriftleiter der Pressestelle mitgewirkt. Insbesondere war er es, der den Redakteuren unter Todesstrafe verboten hatte, Nachrichten über die Bürgerbräuerkammer zu bringen. Er wußte von dem Vorfall nach Berlin.
Schiedt macht zunächst Angaben über seine Wahrnehmungen am 8. November abends im Bürgerbräukeller. Diese Vernehmung, sagt er, ist unter meiner Mitwirkung zustande gekommen. Es sind vier eine Konferenz vaterländisch gesinnter Männer voraus. Es wurde dann erwogen, ob es nicht möglich sei, dem Generalkonferenzkommissar Gelegenheit zu geben, seinen bis dahin nur ganz allgemein und theoretisch angedeuteten Kampf gegen den Marxismus zu bezeichnen und seinen zunächst negativen Zielen ein positives an die Seite zu stellen. Es folgt alsdann eine Schilderung der bekannten Vorgänge in der Vernehmung und des Eingreifens Ditters. Ich war überaus gespannt auf das, was Herr v. Rahr sagen würde, und stand unter dem starken Eindruck einer außerordentlich vorsichtigen Formulierung seiner Erklärung.

(Bei Schluß des Blattes dauerte die Sitzung noch fort.)
Der Bayerische Kurier gegen Ludendorff.
München, 6. März. In einem „Katholiken heraus!“ überschriebenen Aufsatz nimmt der „Bayer. Kurier“ gegen die Beschuldigungen Ludendorffs gegenüber dem katholischen Teil des deutschen Volkes vor Gericht Stellung. Das Blatt fragt, ob der General nicht wisse von den vielfachen Anfeindungen des Papstes, das Los der deutschen Bevölkerung zu mildern, und erinnert Ludendorff daran, daß seine Politik auch in evangelischen Kreisen förmliches Entsetzen hervorgerufen habe. Zum Schluß heißt es in dem Artikel: Seyt Euch zur Wehr gegen die Verdächtigungen Eurer Gewissung und Eurer vaterländischen Arbeit für das Volkswohl. Wir rechnen es mit Empörung ab, zum Dank für unser wirklich vaterländisches Wirken auch noch geschmäht und beschimpft zu werden. (B. T. V.)

Die Kontrolle der Devisengeschäfte.

Berlin, 6. März. (Priv.-Tel.) Die Sperre wegen unrechtmäßiger Anfordernngen von Devisenbedarf war Mittwoch abend gegen 8 Privatbanken und 2 Großbanken des Reichs ausgesprochen worden. Bei der Reichsbank wurde eine eigene Abteilung eingerichtet, die im Laufe der nächsten Woche sämtliche am Devisenhandel beteiligte deutsche Banken hinsichtlich der Rechtmäßigkeit ihrer Devisengeschäfte überprüfen soll.

Ein Rededuell Helfferich-Stressemann im Reichstag

Helfferich verlangt einen Gegenlosh gegen Frankreich — Stressemann verteidigt seine Politik.
Berlin, 6. März. Im weiteren Verlaufe seiner Rede erklärte

Dr. Helfferich:
Meine Freunde sind stets bereit, dem besetzten Gebiet mit allen Mitteln zu helfen, aber wir dürfen uns nicht jeder Bedrängung fügen. Dieser Grundlag darf aber nicht profanisiert werden. In dankenswerter Weise hat der Finanzminister unsere detaillierten Anfragen hinsichtlich der Belastungskosten beantwortet.
Ich spreche angesichts der Mäßigkeit, daß heute, die uns nahesteht, sehr bald an verantwortlicher Stelle leben können.
Medner kritisiert sodann die geplanten Einrichtungen der Goldnotenbank, weist auf die Gefahr einer internationalen Finanzkontrolle hin und schließt mit der Versicherung, daß das deutsche Volk bei den nächsten Wahlen die roten Fesseln sprengen werde.

Reichsaußenminister Dr. Stressemann:
Dr. Helfferich hat zum Ausdruck gebracht, die beste Gewähr gegen die Durchführung der Verslavinngsdiende sei die Idee der deutschen Volksgemeinschaft. Aber die Disziplinierung, die die Politik der Reichsregierung durch den Verredner im Volke erfährt, ist nicht die rechte Basis für eine solche Volksgemeinschaft. (Sehr wahr!) Herr Helfferich befindet sich über die ganze Stellung des Auslandstagen Amtes und seines gegenwärtigen Leiters in einem Irrtum.
Ich kann nicht mit einem Entschlossenheit allein irgend-einen Sonderpakt abschließen. Wir müssen uns bemühen, in der ganzen Entente Verständnis dafür zu finden, daß die bisher gegen Deutschland geübte Politik nicht nur Deutschland zugrunde richtet, sondern Europa und die ganze Welt.

In dem Organ des Interalliierten Ausschusses der deutschen Verbände wird mir der Dank dafür ausgesprochen, daß ich der erste Reichskanzler gewesen sei, der sich öffentlich gegen die Schuldfrage von Versailles ausgesprochen hätte. (Laut, hört.) Ich nehme keinen Anstand zu erklären: Wir haben ein Recht darauf, die Gründe dieser Frage zu fordern, weil wir im Vertrauen auf unser gutes Gewissen unsere Aktien veröffentlicht haben.

Wir haben auch ein Recht zu fordern, daß die anderen das selbe tun. Wir werden hier aber nur vorwärtskommen, wenn wir selbst mit der Aufklärung Fortschritte machen.
Der Außenminister kündigt einen Gesandtschaftswurf über die Errichtung der Goldnotenbank nach vor dem Auseinandergehen des Reichstages an.

An eine Internationalisierung der deutschen Finanzen denken wir nicht. Aber wenn sich große Zentralnotenbanken der einzelnen Staaten zur Verfügung stellen, weil die Aufnahme von diesen Staaten nicht als eine politische, sondern als eine geschäftliche betrachtet wird, glauben Sie, daß diese großen Institute sich für Milliarden verpflichten werden, ohne selbst in der zu gründenden Bank vertreten zu sein? Wir verhandeln doch nicht, um für die Verwaltung unserer Eisenbahnen eine internationale Gesellschaft zu bekommen, sondern nur um das Wegelgeld zu schaffen, damit Rhein und Ruhr und Waal wieder frei werden. (Stärker, Weisheit bei der Weisheit.) Ich sehe die einzige Möglichkeit, zu dieser Lösung zu kommen, daß wir uns der Regelung der Reparationsfrage nicht entgegenstellen.

Die Worte: Verreichen des Versailler Vertrages, würden nicht mehr erörtern, wenn ein internationaler Ansehensminister an dieser Stelle stünde. (Sehr richtig! bei der Weisheit.) Er würde wissen, daß leider gegenwärtig unser Weg der ist, zunächst einmal die anderen Mächte zu zwingen, die Verpflichtungen anzuerkennen, die sie aus dem Versailler Vertrage uns gegenüber haben. Wenn wir es heute dazu bringen könnten, daß die vaterländische Bevölkerung nur unter dem Abseindand-Abkommen steht, daß in der Platz die Verhältnisse wiederherstellen, die vorher bestanden, daß die Franzosen aus dem Ruhrgebiet herausgehen, dann würden wir immer noch innerhalb des Versailler Vertrages stehen. Aber für Millionen unserer Volksgenossen würde ungeheuer viel erreicht sein. Deshalb müssen wir uns zunächst einmal auf unseren Pflichten aus dem Versailler Vertrage besinnen, der ja ausdrücklich anerkennt, daß es eine Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit gibt, und daß wir ein Recht haben auf die Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit.

Die Regierung könne einer neuen Kommission nicht zustimmen, die über die Grenzen des Versailler Vertrages hinausgehe.